

# **EU-Wahl:**

## **Man kann wählen, aber nichts entscheiden**

**Alle Parteien in Österreich, egal ob Regierungs- oder Oppositionsparteien, egal ob für oder gegen die EU, alle wollen sie ins EU-Parlament gewählt werden. Doch statt die Interessen der arbeitenden Menschen umzusetzen, sind EU-Kommission, EU-Ministerräte, EU-Parlament willfährige Diener der Konzerne und Banken.**

Am wenigsten zu sagen haben die Abgeordneten im EU-Parlament, am meisten die Bank-, Konzern-, Agrar- und Rüstungslobbyisten. Das zeigt sich bei allen entscheidenden Fragen. Von einem sozialen Europa, von dem bei uns seit 20 Jahren, seit dem Beitritt, geredet wird und das bei jeder Wahl verlangt wird, sind wir weiter entfernt als je zuvor. Die EU-Institutionen haben im Interesse der Konzerne und Banken, zur „Sicherung von Frieden, Wettbewerbsfähigkeit und Standortvorteilen“, wie es in ihrer Sprache heißt, kein soziales Europa, im Gegenteil noch mehr „Neoliberalismus“, d.h. noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, noch mehr Atom-, Militär- und Kriegspolitik auf ihren Programmzetteln.

- Noch nie gab es in der EU so viele Angriffe auf Löhne, Gehälter, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, auf unsere sozialen Lebensbedingungen wie Bildung, Gesundheit oder Pensionen.
- Noch nie gab es in der EU so viel Arbeitslosigkeit und Armut
- Noch nie wurden so umfangreich die Profite der Konzerne und Banken auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten mit Steuergeldern gesichert und geschützt – bei uns z..B. Die Hypo-Alpe-Adria
- Noch nie gab es eine so große Umverteilung von unten nach oben, so viele Reiche
- Noch nie zuvor wurde im Namen der Friedenssicherung die EU-Aufrüstung und die Rüstung in den einzelnen EU-Ländern so vorangetrieben
- Noch nie zuvor hat die EU und EU-Mitgliedsländer direkt am Sturz einer gewählten Regierung (Ukraine) mitgewirkt und offen mit Faschisten im Interesse der EU-Konzerne zusammengearbeitet

Die EU ist weder ein Friedens- noch ein Sozialprojekt, sondern eine EU der Konzerne, Banken, Atom- und Rüstungsindustrie, eine EU der Herrschaftssicherung der Minderheit der Profiteure über die und auf Kosten der Sozial- und Lebensbedingungen der überwältigenden Allgemeinheit.

Beim EU-Beitritt Österreichs wurde der Bevölkerung u.a. versprochen, dass die Neutralität erhalten bleibt. Seitdem aber haben unsere Verantwortlichen immer mehr versucht, die Neutralität Österreichs zu umgehen. In der Wirtschafts- und Außenpolitik orientieren sich die österreichischen Herrschenden und ihre politischen Vertreter unter dem Deckmantel der „EU-Solidarität“ wiederum mehr oder weniger an dem was Deutschland vorgibt. Das führte schon zweimal in der jüngeren Geschichte Österreichs dazu, dass Menschen in den Weltkriegen für Großmacht- und Konzerninteressen sterben geschickt wurden. Österreichs Lehre aus dem 2. Weltkrieg – nie wieder sterben für Großmachtinteressen – ist die Neutralität Österreichs. Einziger Garant für die Neutralität sind nicht unsere Politiker, sind nicht die EU-Abgeordneten, schon gar nicht die EU-Entscheidungsträger, sondern ist alleine die österreichische Bevölkerung. Diese war vor einem Jahr so klug, dem jüngsten Versuch, die Neutralität mit der Einführung eines Berufsheeres weiter auszuhöhlen, durch das NEIN bei der Volksbefragung einen kräftigen Riegel vorzuschieben.

**Wollen wir uns nicht mitschuldig machen an der weiter zunehmenden Förderung einer EU-Politik, die Krisen- und Kriege provoziert, statt sie zu schlichten, dürfen wir nicht unsere Stimme für so ein Projekt der Kriegspolitik, des Sozial- und Demokratieabbaus abgeben. Vielmehr müssen wir – wo immer wir arbeiten und leben – unsere Stimme dagegen erheben.**

## **EU der Banken und Konzerne – Nein Danke!**